

Unternehmerverbände mahnen Politik

Forderung: Über Parteigrenzen Konzept für Zukunftsfähigkeit des Landes aufstellen.

LEVERKUSEN (LH) Seit mehr als ein- einhalb Jahren läuft Deutschland im Krisenmodus. Fahren auf Sicht – „ohne Strategie und nachhaltiges Zukunftskonzept“, monieren die Unternehmerverbände Rhein-Wupper. „Die Ausgabenwucht des Staates bei der Bewältigung der Pandemie wird immer größer, und die weiteren Kostenbelastungen in der Klima- und Sozialpolitik bilden aktuell das Finanz- und Schulden-tabelleau noch gar nicht vollständig ab. Und nun müssen auch die Folgen der Flutkatastrophe abgearbeitet werden.“ Der Finanzminister versuche – „um ja keinen zu verschrecken“ –, alles mit Milliardenhilfspaketen abzudecken. Gegenwartsdenken statt Zukunftszugewandtheit.

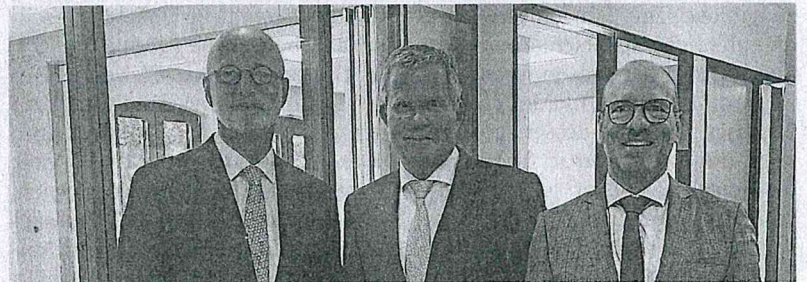
Bei all dem bleibe eine inhaltliche Auseinandersetzung im aktuellen Wahlkampf auf der Strecke, moniert die Verbände. „Dabei ist es angesichts der gewaltigen nationalen und internationalen Herausforderungen höchste Zeit, intensiv über die besten politischen Konzepte zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland zu diskutieren“, sagt Geschäftsführer Andreas Tressin. „Wir brauchen ein neues und tieferes Grundverständnis für die Bedeutung der Wirtschaft für unser Land. Staatshilfen sind in der Krise sicherlich das richtige Mittel um die Fol-

gen der Krise zu lindern. Sie wirken aber auch wie ein süßes Gift, spätestens dann, wenn es um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geht.“

Da raus helfe nur eine florierende Wirtschaft. Und die laufe nicht von ganz alleine, auch nicht in der weltweit viertgrößten Volkswirtschaft. Bei der Digitalisierung liege Deutschland hinten. Dazu kommen Klimaschutz, demografische Entwicklung und der zunehmende internationale Wettbewerbsdruck. Andere Länder seien längst dabei, ihre Wirtschaft für die Veränderungen fit zu machen. Deutschland müsse bei der Verbesserung der Standortbedingungen nun nachziehen. „Jenseits von Parteigrenzen verlangen wir von der Politik, grundsätzlich das wirtschaftspolitische Profil zu schärfen. Eine Politik, die zu sehr auf Umverteilung

und zu wenig auf das Erwirtschaften setzt, wird die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auf Spiel setzen“, mahnt auch Arndt Krebs, Vorstand des Arbeitgeberverbands der Metall- und Elektroindustrie Rhein-Wupper vor der Bundestagswahl. „Wenn Deutschland die massiven ökonomischen Auswirkungen der Pandemie ernsthaft beheben will, dann müssten sich die Debatten über neue Belastungen der Wirtschaft verbieten. Wer das dennoch tut, hat elementare wirtschaftliche Zusammenhänge nicht begriffen.“

Die Verbände fordern: keine weitere Erhöhungen der Lohnzusatzkosten und Steuern, wettbewerbsfähige Energiepreise, schnellere Genehmigungsverfahren und zügige Investitionen in erneuerbare Energien, Wasserstoff, Stromnetze, Speicher und Ladesäulen. Dazu ein flexibleres Arbeitsrecht.



Arndt Krebs (Arbeitgeberverband Metall- und Elektroindustrie), Andreas Tressin (Unternehmerverbände), Marc Kretkowski (Unternehmerschaft) stellen einen Forderungskatalog an die Politik auf.

FOTO: UNTERNEHMERVERBÄNDE RHEIN-WUPPER